Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1951

281 (1.12.1951)

Visual Library

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landbote
gegründet 1898

Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang | Samstag, den 1. Dezember 1951 | Nr. 281

Prozeß gegen ehemalige Reichsbeamte

Wiesbaden (UP). Vor dem Schwurgericht in Wiesbaden begann der Prozeß gegen sechs ehemalige leitende Beamte im Reichsjustizministerium und der Kanzlei des Führers. Sie werden beschuldigt, in den Jahren 1942 bis 1944 in enger Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt Tausende von Häftlingen, die in Strafanstalten der Justizverwaltung inhaftiert waren, der Gestapo als „Asoziale" zur Überführung und Vernichtung in Konzentrationslager ausgeliefert zu haben. Die Hauptangeklagten sind: der 71jährige ehemalige Ministerialdirigent im Reichsjustizministerium, Rudolf Marx (Kiel); der 50jährige Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Dr. Albert Hupperschwiller (Wiesbaden) und der 49jährige Oberstaatsanwalt Friedrich Wilhelm Meyer (Warendorf/Westfalen). Außerdem sind wegen Beihilfe zum Mord angeklagt: Staatsanwalt Dr. Otto Gündner (Marbach/Neckar), der frühere Reichshauptamtsleiter Kurt Giese (Celle) sowie Oberregierungsrat Herbert Peter (Münster), sämtliche ehemalige Angehörige der Führerkanzlei. Mindestens 100 Zeugen sollen im Laufe des Prozesses, der zu den größten politischen Verfahren dieses Jahres zählt, vernommen werden.

Bundes-Parteitag der Deutschen Partei

Ausbreitung auf Süddeutschland beabsichtigt — Minister Hellwege sprach

Kassel (UP). Der diesjährige Bundes-Parteitag der Deutschen Partei, an dem rund 350 Delegierte aus den sieben Landesverbänden der Bundesrepublik teilnehmen, wurde in Kassel mit einer Sitzung des Direktoriums der Partei eingeleitet. Im Mittelpunkt der Beratungen des ersten Tages stand eine Entschließung, in der sich das Direktorium für die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord und Gewaltverbrechen mit Todesfolge durch verfassungsänderndes Gesetz ausspricht. Das Führungsgremium der DP nimmt hierbei auf die Bombenanschläge in Norddeutschland Bezug und stellt fest, daß die wachsende Zahl bestialischer Morde und Skrupellosigkeiten von Berufsverbrechern es erforderlich machten, daß zum Schutze der Bevölkerung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen derartige Verbrecher vorgegangen werde. Das Direktorium vertritt die Ansicht, daß die Attentate der Beginn einer Reihe „verabscheuungswürdiger Verbrechen dieser Art" seien.

Der erste Vorsitzende der DP, Bundesminister Hellwege, sagte, die Deutsche Partei wolle auf ihrem Bundes-Parteitag in Kassel beweisen, daß sie im Begriff stehe, sich als nationale und konservative Sammlungsbewegung im ganzen Bundesgebiet zu verankern.

In maßgeblichen Kreisen der Delegierten wurde darauf hingewiesen, daß die DP einen besonderen Sinn ihres Parteitages darin sehe, den Anstoß zur Ausbreitung ihrer Organisation auf Süddeutschland zu geben. Die DP wolle bereits bei den nächsten regionalen Wahlen in den süddeutschen Ländern kandidieren.

Der Parteitag, an dem auch Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, der DP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dr. Mühlenfeld und der Straßburg-Delegierte der Deutschen Partei, Dr. von Meerkatz, teilnehmen, wird am Samstag mit einer Delegiertenversammlung fortgesetzt.

Munitionsfabrik flog in die Luft

Katastrophe in Pusan — Große Luftschlacht über Nordkorea

Pusan (UP). In der südkoreanischen Stadt Pusan flog unter lautem Getöse die größte Munitionsfabrik des Landes in die Luft. Furchtbare Zerstörungen wurden angerichtet. 250 Häuser wurden zerstört, 2500 Personen sind ohne Obdach. Bei der Katastrophe kamen 3 Koreaner ums Leben, 50 mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Der koreanische Verteidigungsminister Kim, der den Unglücksort besichtigte, erklärte, die Ursache der Katastrophe sei bisher noch ein Rätsel.

Während die Parlamentäre der UN und der Kommunisten in Pan Mun Jon wiederum keine Fortschritte erzielten, spielte sich über Nordwest-Korea eine große Luftschlacht ab, die den Düsenjägern der UN ihren zweitgrößten Abschußerfolg seit Beginn des Krieges einbrachte. Sechs zweimotorige Bomber des sowjetischen Typs TU-2, zwei Düsenjäger vom Typ MIG-15 und drei propellergetriebene Jagdflugzeuge vom Typ LA-9 wurden abgeschossen, während die Flieger der Vereinten Nationen selbst keine Verluste erlitten.

Aufklärungsflugzeuge der UN-Streitkräfte stellten fest, daß die Kommunisten ihre Nachschubkolonnen auf etwa das Vierfache des allgemein Üblichen verstärkt haben. Die alliierten Piloten schätzten die Anzahl der auf den Vormarschstraßen sich bewegenden Kraftfahrzeuge auf über 9000. Bei Angriffen auf die rückwärtigen Verbindungswege der Kommunisten sollen etwa 300 Fahrzeuge zerstört worden sein.

Der Dichter Thassilo von Scheffer ist im Virchow-Krankenhaus in Berlin nach längerer Krankheit gestorben.

König Baudouin von Belgien traf in Hinterriß zu einem Jagdausflug ein. **Exkönig** Leopold und Prinzessin de **Rethy** halten sich ebenfalls dort auf.

Viermächte-Geheimverhandlungen

Wyschinski stimmte nach langem Zögern zu - Dauer auf zehn Tage begrenzt

Paris (UP). Vertreter der vier Großmächte treten am Samstag unter dem Vorsitz des Präsidenten der UN-Generalversammlung, Luis Padilla Nervo, in dessen Büro im Palais de Chaillot zusammen, um Geheimverhandlungen über die Abrüstung aufzunehmen. Die Teilnehmer dieser Konferenz sind: Außenminister Wyschinski (Sowjetunion), Dr. Jessup (USA), Selwyn Lloyd (Großbritannien) und Jules Moch (Frankreich).

Die drei westlichen Delegierten trafen schon am Freitag im Palais de Chaillot zusammen, um sich gemeinsam auf die Konferenz vorzubereiten. Die Abhaltung dieser Geheimverhandlungen wurde vom Politischen Ausschuß der Generalversammlung auf Antrag mehrerer kleiner Mächte einstimmig beschlossen, nachdem der sowjetische Außenminister Wyschinski nach langem Zögern seine Zustimmung gegeben hatte. Nach zehn Tagen sollen die vier Mächte dem Plenum des Politischen Ausschusses über das Ergebnis ihrer Beratungen berichten.

Unmittelbar nach der Abstimmung sagte Wyschinski vor der Presse: „Wir hoffen auf ein günstiges Ergebnis unserer Arbeit. Sie wissen natürlich, daß es nicht an uns allein liegt, ob wir Erfolg haben. Doch können vier Leute immer mehr leisten als einer." Der französische Delegierte Jules Moch meinte: „Ich bin kein Prophet. Ob wir Erfolg haben, liegt an jedem einzelnen, daher will ich nichts voraussagen."

Wyschinski sagt in seiner Rede vor dem Politischen Ausschuß, die Sowjetunion sei trotz der Differenzen zwischen den verschiedenartigen Abrüstungsplänen bereit, ihre Bemühungen fortzusetzen. Die sowjetische Delegation sei überzeugt, daß ihre Abänderungsvorschläge zu den westlichen Vorschlägen eine erfolgreiche Lösung der Aufgabe erleichtern werden. Wyschinskis Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß nur der Gegenvorschlag der Sowjetunion eine wirkliche Abrüstung herbeiführen könne.

Durch die Begrenzung der Verhandlungen auf zehn Tage wollen die Westmächte verhindern, daß die Sowjetunion die Beratungen durch lange und wahrscheinlich abwegige Argumentationen in die Länge ziehen und damit die Erörterung und die Annahme der westlichen Abrüstungsvorschläge durch die UN verzögert. Der amerikanische Delegierte Jessup hatte außerdem gefordert, den Themenkreis der Geheimverhandlungen auf Verfahrens-Angelegenheiten zu begrenzen und die eigentlichen Abrüstungsverhandlungen der Abrüstungskommission vorzubehalten, die in den westlichen Vorschlägen vorgesehen ist. Durch Zusatzanträge Norwegens und des Libanons, die der Politische Ausschuß billigte, wurde jedoch das Beratungsgebiet der Geheimverhandlungen sehr weit gesteckt. Die Westmächte stimmten diesen Zusatzanträgen bei der Abstimmung stillschweigend zu. Der französische Delegierte betonte sogar, daß er diese Erweiterung des Beratungsfeldes begrüße.

Politische Beobachter bei den UN sehen es als einen Fortschritt an, daß überhaupt Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den drei Mächten beginnen. Auf konkrete Ergebnisse dieser Verhandlungen bestehen aber nach ihrer Ansicht wenig Aussicht.

Für konstruktive Sozialpolitik

Jahreshauptversammlung des Arbeitgeberverbandes - Dr. Raymond wiedergewählt

Köln (UP). Die Jahreshauptversammlung der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeber in Köln wurde in Anwesenheit von Bundespräsident Heuss mit einer Kundgebung, die unter dem Motto „Sozialer Friede" stand, abgeschlossen.

Der wiedergewählte Vorsitzende der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Walter Raymond, erklärte, die Arbeitgeber seien bereit, den Arbeitnehmern eine Verfassung zu geben, in der die menschliche Achtung, die sie verdienen, in Form eines gesetzlichen Anspruchs enthalten ist. Die Arbeitgeber seien bereit, für ihre Arbeiter im Alter zu sorgen und in der Lohnfrage „alles mögliche" zu tun. Das private Gewinn-Interesse trete bei den Lohnverhandlungen immer stärker hinter der Rücksicht auf das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse zurück. Die Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer hätten sich den Lebensbedürfnissen der ganzen Nation angepaßt. Die gewerkschaftliche Bürokratie wolle jedoch in der Bundesrepublik in die Doppelrolle eines „Anwalts des Arbeiters und seines Herren" hineinwachsen, und zugleich die Rolle einer zentralen Kontroll-Instanz für die gesamte Wirtschaft und das innerstaatliche Leben ausüben. Wenn die Gewerkschaften die Gefahr eines Abgleitens ins Kollektiv nicht erkennen würden, sei der soziale Friede aufs höchste gefährdet. Die Betriebe sollten dem Unternehmer und seiner Belegschaft überlassen werden, die beide nach den Richtlinien zu arbeiten hätten, die vom Gesetzgeber unter Mitwirkung der Gewerkschaften festgelegt werden.

Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers sagte in seiner Rede, ein „richtig verstandenes Mitbestimmungsrecht auf inner- und überbetrieblicher Ebene" helfe, den Klassenkampf zu überwinden.

In ihrem Rechenschaftsbericht sieht die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeber die politische Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft darin, den „Bestand der unternehmerischen Wirtschaft in ihrer sozialen Wirkung im Wettbewerb gegen die kollektivistische Wirtschaft zu sichern, eine positive und konstruktive Sozialpolitik zu betreiben und den sozialen Frieden zu gewährleisten". Die Arbeitgeber lehnen den gewerkschaftlichen Anspruch auf einen grundsätzlichen Wandel der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik und eine zentrale Lenkung sämtlicher privater und öffentlicher Investitionsmittel mit der Begründung ab, die Erfüllung dieser Forderungen würde die „Zentralisierung aller wirtschaftlich wichtigen Dispositionen und Entscheidungen der Unternehmungen und damit die weitgehende Vernichtung der privatwirtschaftlichen Initiative des Unternehmertums" zur Folge haben. Der Versuch, zu einer Einigung in den akuten Fragen der Lohnpolitik zu kommen, sei bisher an der mangelnden Bereitschaft der Gewerkschaften gescheitert.

Die Vorschläge der Unternehmerverbände zum „Betriebsverfassungsgesetz" werden dahingehend zusammengefaßt, daß „der These des Klassenkampfes die These der Gemeinschaft entgegengesetzt wird, nämlich die Zusammenarbeit der Organisationen in der überbetrieblichen, und die Betriebsverbundenheit zwischen Unternehmer und Belegschaft auf der innerbetrieblichen Ebene".

Neue Quote für Flüchtlingsumsiedlung

Bonn (UP). In einem dem Bundesrat eingereichten Gutachten hat das Institut für Raumforschung eine Neufassung der bisherigen Verteilungsquoten für Flüchtlinge ausgearbeitet. Gemäß der „Tragfähigkeitsberechnungen", die jedoch nicht ohne weiteres als Verteilungsschlüssel gelten, könnte Nordrhein-Westfalen 1 397 000 Umsiedler, Württemberg-Baden 264 000, Württemberg-Hohenzollern 19 000, Baden 48 000, Bremen 35 000 und Hamburg 29 000 Umsiedler aufnehmen. Dagegen weist Rheinland-Pfalz keine Aufnahmemöglichkeiten auf, obwohl es nach der Verordnung vom 29. November 1949 mit der relativ hohen Quote von 80 000 Umsiedlern bedacht worden wäre.

Heuss bejaht die Wehrpflicht

Stellungnahme zur Kriegsdienstverweigerung

Wuppertal (epd). Auf eine Anfrage des Westdeutschen Jungmännerbundes ließ Bundespräsident Heuss mitteilen, daß er als Mitglied des Parlamentarischen Rates seinerzeit gegen die Aufnahme der Kriegsdienstverweigerungs-Bestimmungen in das Bonner Grundgesetz sowohl gesprochen wie auch gestimmt habe, da er die Wehrpflicht als eine der Elementarfunktionen der demokratischen Staatlichkeit betrachte. Auf der anderen Seite sei es selbstverständlich, daß die Bestimmung über die Kriegsdienstverweigerung Gültigkeit habe, nachdem das Grundgesetz beschlossen und vom Bundespräsidenten beeidet worden sei. An der Ausgestaltung des entsprechenden Gesetzes habe nur die Legislative unmittelbaren Anteil.

Der Westdeutsche Jungmännerbund war in einer Entschließung zur Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages für die Gewissensfreiheit eingetreten und hatte den Erlaß des schon lange in Aussicht gestellten Gesetzes zum Schutz des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen gefordert. Die Entschließung war sowohl dem Bundespräsidenten wie auch dem Bundestagspräsidenten schriftlich übermittelt worden. Bundestagspräsident Dr. Ehlers meinte in seinem Antwortschreiben, daß er das Verantwortungsbewußtsein des Westdeutschen Jungmännerbundes dankbar begrüße.

Beschlagnahmte Kunstwerke übergeben

München (UP). Der scheidende US-Landeskommissar für Bayern, Professor Shuster, teilte in München mit, daß die im Art Collecting Point in München aufbewahrten beschlagnahmten deutschen Kunstgegenstände nunmehr in die Treuhänderschaft des Bundes übergehen. Dies sei in einer Besprechung zwischen Hochkommissar McCloy und Bundeskanzler Adenauer vereinbart worden. Die Übergabe bedeute allerdings noch keine Übereignung. Die Bundesregierung verpflichte sich zur Rückerstattung, falls rechtmäßige Eigentümer ihre begründeten Ansprüche anmelden.

Der Kreis von Stadt und Land

Von I. F. Großmann

Die vorwiegend auf dem Land beheimatete CDU hat in Württemberg-Baden einen Landdienst der Stadtjugend beauftragt. Sogar zur Großstadt gehörige Parteien wie die SPD stehen dem Gesetzentwurf wohlwollend-kritisch gegenüber. Es gibt heute in der Tat kaum eine wichtigere Aufgabe, als Land und Stadt im Gleichgewicht zu halten.

Die Stadt und die Industrie neigen zur Zentralen-Schöpfung, zum Kapitalen im Sinne sowohl des Großen, Massenhaften wie der Anhäufung von Güterreichtum. Die Lebensbasen werden auf exponierte Punkte und Linien zusammengezogen. Die Stadt weist daher in Frieden und Krieg größere Zerstörbarkeitsmomente auf. Um sie herum befindet sich ihr Elektrizitätswerk, das ihre Häuser erhellt, die Bahnen laufen läßt, die Motorwagen in Bewegung setzt. Fällt einmal solch ein Lebensspender aus, so ist die Stadt lahmgelegt. In ihrem Bereich liegen wichtige Industrien und Versorgungsbetriebe, ballt sich also das Leben in Verwaltung und Geschäft in seiner konzentriertesten Form.

Das Land dagegen, die Grundlage von individuellen Betrieben, wenn sie auch nicht mehr ganz autark sind, bietet Katastrophen oder Unfällen keinen so bedrohlichen Ansatzpunkt. Über weite Flächen ist das Leben mit zahllosen Schöpfungsstellen ausgebreitet, das Risiko somit „verlagert". Wir haben also die Verlagerung als Naturkonstante des Landes! Aber auch sie ist selbstverständlich nicht ganz von Gefahren frei, die z. B. in Form von Witterungskatastrophen, Seuchen usw. auftreten können.

Übrigens lassen sich selbst manche Probleme, mit denen die Außenpolitik heute nicht fertig wird, im Kern durch die organische Annäherung von Land und Stadt lösen. Die Großstadt nivelliert, mechanisiert, organisiert, vermaast den Menschen; sie macht ihn zum Funktionär. Ihre Berufsordnung entzieht die Grundlage zur autonomen Selbstbestimmung in Arbeit- und Freizeiteinteilung, die der Bauer bei einem größeren Arbeitspensum und damit geringerer Ausnützungsmöglichkeit dennoch hat. In der Stadt können wohl entweder Kapitalismus oder Sozialismus komplementär steigen oder fallen, aber sie bietet keine Wirtschaftsbasis für die Selbstbestimmung des Menschen, mithin für die wirtschaftliche Voraussetzung der Demokratie. Alle Aktionen der Diktaturen sind darum von den Großstädten ausgegangen.

Wenn wir also die Stadtjugend auf das Land schicken, so stellen wir sie in eine Umwelt der gesunden Sicherheit beim Bauern mit seinem Hof, dem Tier und der Pflanze. Der Sinn für das Einmalige, das Individuelle, der im Menschen der Großstadt nicht voll entfaltet werden kann, wird geweckt. Sonst wird unsere Jugend im Element des Radikalen leicht hin und her gerissen, haltlos gegenüber den Fluten der kollektiven Propaganda.

Die geistige Belehrung in den steinernen Städten selbst baut an diesen Flüssen gleichsam nur Dämme, sie errichtet an Lawinenfeldern tote Steinmauern. Das Land aber und seine Erziehungsmacht hilft grundsätzlicher; die pflanzen- und tierarme Großstadtjugend baut dort wieder Wald an und setzt Vögel und Säugetiere ein. Damit aber erstehen die wahren Wasserreservoire welche Sturzfluten — wie jetzt in der Po-Ebene — von abgeholzten Höhenzügen aus verhindern.

Württemberg und Baden haben das Glück, daß in ihren Grenzen Bauer und Städter, Kleinlandwirt und Industriearbeiter eine Lebenseinheit, eine Symbiose, darstellen. Diese Lebensform wird in den Städten überhöht durch die Personalunion von Büro- und Maschinenhallenarbeiter mit dem Kleingärtner der Randsiedlungen. Wir können dieses Sowohl-Als-Auch verfolgen bis in das Lebensideal unserer Klassiker (Schiller, Hölderlin, Hegel, Schelling) also bis in geistige Lebensformen, wo sie den wohltuenden Einfluß auf eine weltweite alles mitachtende Politik garantieren.

Land und Leute stehen zudem in einem kosmischen Ergänzungsverhältnis. Das Land repräsentiert den produktiven Sommer, die Stadt den konsumierenden Winter. Die Produktion der technischen Güter durch die Stadt schafft eine der Winterruhe analoge Erleichterung der Arbeit und einen ähnlichen Komfort der Existenz. Das städtische Leben gleicht in seinen eleganten und oft gefährdenden Lebensformen dem Schlittschuhlauf. Das Leben auf dem Land aber hat sein Urbild im mühevollen Gehen auf oft durchnäßten sommerlichen Böden. Übersehen wir im Seitenblick also auch diese Naturverflochtenheit der beiden Existenzformen der individuelleren und der kollektiveren nicht. Sie ist für unser seelisches Befinden von entschei-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

dender Bedeutung. Der Kreislauf städtischen und ländlichen Lebens sollte also ebenso zusammengeschlossen werden, wie es die Natur mit Winter und Sommer tut.

Geringe Chancen für Interzonenhandel

Geben die Ostzonen-Behörden nach? — Verfassungsgericht für Berlin nicht zuständig

Berlin (UP). Der Bundesbevollmächtigte für Berlin, Dr. Vockel, gab vor der Presse bekannt, daß der legale Interzonenhandel in der Nacht zum 1. Dezember 1951 eingestellt worden ist. Alle Warenbegleitscheine für Lieferungen aus dem Vorgriffabkommen liefen mit dem gleichen Zeitpunkt ab. Das neue Interzonen-Handelsabkommen kann jedoch noch nicht in Kraft gesetzt werden, weil die Behörden der Ostzone noch keine Zusicherungen für den freien Berlin-Verkehr gegeben haben, wie sie vom Westen als Voraussetzung für den Interzonenhandel gefordert werden.

Ungeachtet des offiziellen Auslaufens des innerdeutschen Handels halten es die zuständigen Westberliner Stellen für möglich, daß in den nächsten Tagen neue Vereinbarungen zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der Ostzone getroffen werden. Eine Fortsetzung der Lieferungen aus dem Vorgriffabkommen wäre möglich, wenn die Bundesregierung eine Ausnahmegenehmigung erteilte.

Zuständige Westberliner Stellen sehen folgende Anzeichen für ein eventuelles Nachgeben der Ostzonen-Behörden: In letzter Zeit sei die Abfertigung von Warenbegleitscheinen reibungslos erfolgt. Entsprechend der täglich eingereichten Zahl von Begleitpapieren kämen die Genehmigungen laufend zurück. Auch der Paketpostverkehr laufe seit einiger Zeit ohne Schwierigkeiten.

Der Bundespräsident hat auf Vorschlag des Bundeskanzlers dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Berliner Zentralbank, Dr. Friedrich Ernst, Berlin-Nikolassee, aus Anlaß der Beendigung seiner Tätigkeit als wirtschaftspolitischer Berater der Bundesregierung das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Ein Sprecher des Berliner Bundesbevollmächtigten teilte vor der Presse mit, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Kommunistische Partei und die SRP im Bundesgebiet könne nicht auf Berlin ausgedehnt werden. Der Gerichtshof sei nicht für Berlin zuständig, da das Abgeordnetenhaus wegen des Einspruchs der alliierten Kommandantur ein entsprechendes Gesetz noch nicht habe verabschieden können. Der Westberliner Senat steht zudem auf dem Standpunkt, daß weder die der KPD gleichstehenden Organisationen, wie SED und FDJ, noch die nichtlizenzierte SRP in Berlin verboten werden sollten, damit sie besser kontrolliert werden könnten.

Wiedereinführung der Todesstrafe gefordert

Reaktion auf die Sprengstoff-Attentate — Auf der Spur der Täter

Bremen (UP). Die Erregung der deutschen Öffentlichkeit über die Sprengstoff-Anschläge in Norddeutschland hat sich zum Teil in der Forderung auf Wiedereinführung der Todesstrafe entladen. Dr. Heinrich von Brentano, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, erklärte in Straßburg, daß er angesichts der Vorgänge in Bremen eine neue Diskussion über die Todesstrafe für nötig halte. Er erinnerte an den Beschluß des bayerischen Landtags, die Wiedereinführung dieser Strafe für Kapitalverbrecher zu empfehlen. Das Direktorium der Deutschen Partei, die sich zu ihrem Bundesparteitag in Kassel versammelt hat, veröffentlichte eine ähnliche Empfehlung. Carlo Schmid, der sozialdemokratische Vizepräsident des Bundestags, der gegenwärtig ebenfalls in Straßburg weilt, sprach sich jedoch gegen die Todesstrafe aus. Ein Staat degradiere sich, wenn das „Köpfe-rollen-lassen" seine letzte Zuflucht bleibe. Nach Ansicht der SPD sollte der Staat solchen Attentätern auch mit anderen Mitteln begegnen können. Schmid äußerte im übrigen die Befürchtung, daß sich noch weitere Attentate ereignen werden, denn die „Verschwörerkränzchen" hätten sich jetzt in „echte konspirative Aktivs" verwandelt.

Der Bremer Polizeipräsident vertritt nach wie vor die Auffassung, daß man — zumindest beim gegenwärtigen Stand der Ermittlungen — auf keine politischen Motive schließen könne. Wie aus dem Bundeskriminalamt verlautet, besitzen die Untersuchungsbehörden jetzt gewisse Anhaltspunkte. In Minden (Westfalen) wurden zwei verdächtige Personen — ein Mann und eine Frau — festgenommen. Ein im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen gesuchter Wagen vom Typ Adler Trumpf Junior wurde sichergestellt.

Die Behörden lehnen augenblicklich weitere Auskünfte über den Stand der Ermittlungen ab, da dies nach ihrer Auffassung die Untersuchungen stören würde. Lediglich über die Bomben selbst wurden noch Einzelheiten bekanntgegeben. So soll die in Verden sichergestellte Bombe aus einer mit einem festen Sprengstoff gefüllten Glasröhre bestehen, an der ein handgefertigter elektrischer Abreißzünder befestigt ist. Wie sich jetzt herausstellte, war das in der Eystruper Post explodierte Paket an einen Herren in einer dortigen Marmeladefabrik adressiert. Offenbar ist in diesem Fall die Bombe vorzeitig losgegangen.

Erde für Stadtdirektor

In Dannenberg (Elbe) wurde vor dem Pakethof des Postamtes ein 33,5 cm langes Rollenpäckchen mit einem Durchmesser von 4 cm aufgefunden, das an den Stadtdirektor Hohmann in Lüchow „persönlich" adressiert war. Ein Absender war nicht angegeben. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß das Päckchen Erde enthielt. Ob es sich um einen Dummenjungen-Streich oder um ein Ablenkungsmanöver von den Sprengstoffattentaten handelt, wird zur Zeit geprüft.

SPD fordert Lösung der Saarfrage

Adenauer spricht wahrscheinlich am 10. Dezember vor der Europaversammlung

Straßburg (UP). Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Mommer forderte vor der Vollversammlung des Straßburger Europa-Parlaments eine befriedigende Lösung der Saarfrage. Er sagte: „Die Saarfrage muß gelöst werden, wenn nicht andere und größere Dinge gefährdet werden sollen".

Die sozialdemokratische Forderung wurde im Rahmen der Debatte um den Entwurf eines neuen Statuts für den Europa-Rat vorgebracht. Dr. Mommer gab den Statutenänderungen — allerdings nicht der Bestimmung, die Saar als assoziiertes Mitglied des Europa-Rates aufzunehmen — im Namen der SPD-Delegierten seine Zustimmung. Bei der Erwähnung der Saar fragte der Präsident der Beratenden Versammlung, Paul Henri Spaak, ob Mommer die Saarfrage nicht ein anderes Mal erörtern könne. Der SPD-Abgeordnete hatte zuvor erklärt, im Saarproblem müßten die Sozialdemokraten eine große Schwierigkeit auf dem Wege zum Zusammenschluß Europas sehen. Spaak unterbrach den deutschen Sprecher noch ein zweites Mal und bemerkte, wenn die Deutschen über die Saar sprechen wollten, so sollten sie es zu gegebener Zeit tun.

Die „erste Runde" der sehr umfangreichen und detaillierten Debatte der Beratenden Versammlung über den Entwurf des neuen Statuts wurde vorläufig beendet. Die Aussprache wird gegen Ende der Sitzungsperiode noch einmal aufgenommen, wenn im Ausschuß verschiedene Änderungsanträge entsprechend berücksichtigt worden sind. Das neue Statut soll die Vollmachten des Europa-Rates erweitern und seine Konstruktion festigen.

Im Anschluß an die Generaldebatte und die Diskussion über die einzelnen Paragraphen des Statutenentwurfs wurde von einem französischen Berichterstatter der Ausschußbericht über die Schaffung einer europäischen Agrarunion nach dem sogenannten „Grünen Plan" vorgetragen. Die Aussprache über diesen Plan beginnt am Samstag.

Der Wirtschaftsausschuß des Straßburger Parlaments schlug die unverzügliche Bildung einer Postunion zwischen allen Mitgliedstaaten durch den Ministerrat des Europa-Rates, und die Prüfung der Möglichkeiten zur Schaffung einer einzigen europäischen Luftfahrtgesellschaft durch das Plenum vor. Die Postunion soll der bereits zwischen Italien und Frankreich abgeschlossenen Vereinbarung gleichen. Die Außenminister sollen außerdem geeignete Maßnahmen einleiten, die den Fortfall der Grenze bei Telefonverbindungen zum Ziele haben.

Ferner wurde von einem Sonderausschuß der Antrag eingebracht, einen gemeinsamen Hilfsfonds aller im Europa-Rat zusammengeschlossener Staaten zur Wahrung der Kultur osteuropäischer Länder und zur Förderung von Flüchtlingsstudenten aus Gebieten jenseits des Eisernen Vorhangs zu schaffen.

Der Präsident des Europa-Rates, Paul Henri Spaak, hat die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Norwegens eingeladen, vor der Beratenden Versammlung in Straßburg über die Integration Europas zu sprechen. Wie das Bundespresseamt in Bonn bestätigte, hat sich Bundeskanzler Adenauer bereit erklärt, der Einladung zu folgen. Als frühester Reisetermin wird der 10. Dezember genannt. Der Bundeskanzler kommt am 8. Dezember von seiner Englandreise zurück. Der Bundeskanzler wird während seiner Anwesenheit in Straßburg mit dem italienischen Ministerpräsidenten und Außenminister de Gasperi und dem französischen Außenminister Schuman ebenfalls über den geplanten Abschluß des Vertrages über die Europa-Armee sprechen können.

Von dem Zusammentreffen der Außenminister wird in Kreisen des Europa-Rates eine wertvolle Beschleunigung der Arbeiten der Beratenden Versammlung erwartet. Es wird in diesem Zusammenhang vor allem darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Gelegenheit vier von sechs Außenministern der Staaten miteinander konferieren werden, die nach den Wünschen zahlreicher Delegierten eine kontinentale europäische Föderation auf der Grundlage der Schumanplan-Länder bilden sollen. Zu einer formellen Außenminister-Konferenz wird es dabei vermutlich nicht kommen.

Mehrheit für Schuman-Plan

Mit 26 gegen 18 Stimmen - Am Donnerstag Beratung vor der Nationalversammlung

Paris (UP). Der Außen-Ausschuß der französischen Nationalversammlung hat den Schuman-Plan über die gemeinsame Produktion von Kohle und Stahl in sechs westeuropäischen Staaten mit 26 gegen 18 Stimmen gebilligt. Der Plan wird nun der Nationalversammlung vorgelegt.

Die Kommunisten, die Gaullisten und ein unabhängiger Abgeordneter sprachen sich bei der Abstimmung gegen den Schuman-Plan aus. Die Sozialisten stimmten zu, nachdem Finanzminister René Mayer sich nachdrücklich für die Annahme ausgesprochen hatte. Die Radikalsozialisten, die gute Beziehungen zur französischen Schwerindustrie haben, billigten den Plan, obwohl manche industriellen Kreise versucht hatten, sie umzustimmen. Bisher haben nur die Niederlande den Plan ratifiziert.

Die französische Nationalversammlung wird sich am nächsten Donnerstag und Freitag mit dem Schuman-Plan beschäftigen. Wenn es der französischen Regierung nicht gelingen sollte, die Annahme durchzusetzen, dann besteht praktisch auch keine Möglichkeit, den Pleven-Plan, der die Schaffung einer europäischen Armee vorsieht, zu realisieren. Während sich die französische Regierung für den Schuman-Plan energisch eingesetzt hat, dürfte sie sich bezüglich der Europa-Armee abwartend verhalten, bis die Stellung der Nationalversammlung bekannt ist. Die Chancen des Schuman-Planes werden nach der Abstimmung im Außen-Ausschuß besser beurteilt als die Chancen der Europa-Armee, gegen die sich erhebliche Widerstände erhoben haben. Wie verlautet, ist die Pariser Regierung gewillt, den belgischen und deutschen Wünschen in der Frage der Europa-Armee entgegenzukommen, wenn die Nationalversammlung die Bildung der Europa-Armee grundsätzlich billigt.

„Kabinett" der Französischen Union

Der „Hohe Rat der Französischen Union" beschloß, ein besonderes „Kabinett" zu bilden, das für Fragen der Union zuständig sein soll, wenn weder der Hohe Rat noch die Versammlung der Union tagen. Das Kabinett, das dem Präsidenten der Republik verantwortlich sein und beratende Funktionen ausüben soll, wird aus einem Vorsitzenden, Vertretern des französischen Ministerpräsidenten, des Außenministers und des Ministers für die assoziierten Staaten sowie Delegierten der assoziierten Staaten (Vietnam, Laos und Kambodscha) bestehen. Der französische Minister für die assoziierten Staaten, Letourneau, und der Ministerpräsident von Vietnam, van Huu, erklärten, daß sie von den Ergebnissen der Beratungen sehr befriedigt seien.

Lage in Damaskus immer noch unklar

Schischakli hofft auf USA-Unterstützung - Neue ägyptische Noten an England

Kairo (UP). Die politische Lage in Syrien ist immer noch sehr gespannt, nachdem Oberst Schischakli die Regierung durch einen Staatsstreich gestürzt und die Regierungsmitglieder verhaftet hat. Der verhaftete Ministerpräsident Dawalibi hat sich bisher kategorisch geweigert, seinen Rücktritt zu erklären. Wie in unterrichteten politischen Kreisen verlautet, beabsichtigt Oberst Schischakli nicht, Gewalt anzuwenden und das Parlament aufzulösen. Er will eine mehr oder weniger parlamentarische Lösung finden, indem eine neue Regierung gebildet wird, die dem Staatspräsidenten „empfehlen" würde, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Wenn dieser Weg sich als ungangbar erweisen sollte, dürfte Oberst Schischakli mit Hilfe der Armee die gesamte Staatsmacht übernehmen und die Verfassung außer Kraft setzen. In Damaskus herrscht völlige Ruhe.

Beobachter in Kairo vermuten, daß Schischakli Syrien zum Kernpunkt eines arabisch-westlichen Verteidigungspaktes gegen eine sowjetische Aggression machen will und sich dafür von den USA eine Modernisierung der syrischen Armee, ähnlich der türkischen Armee, erhofft. Der Oberstleutnant sehe in Syrien die zweite Verteidigungslinie des Nahen Ostens, hinter der Türkei als Frontlinie. Er ist gegen eine Union Syriens mit dem Irak oder Jordanien, da er befürchtet, daß diese Staaten bei einer Vereinigung das Übergewicht besäßen.

Das ägyptische Außenministerium überreichte der britischen Botschaft in Kairo zwei neue Noten zum Suezkanal-Konflikt. In der ersten Note wird der britischen Regierung vorgeworfen, durch die Stationierung von Kriegsschiffen im Suezkanal ohne die notwendige zehntägige Ankündigung, das Abkommen von 1888 verletzt zu haben.

Das ägyptische Außenministerium erklärte, es sei eine Botschaft aus Spanien eingegangen, in der die spanische Regierung die Mitteilung machte, daß sie von der neuen Bezeichnung König Faruks als „König von Ägypten und des Sudan" Kenntnis genommen habe. Der amtierende ägyptische Außenminister Ibrahim Farag Pascha erklärte, diese Botschaft sei so zu interpretieren, daß Spanien die Vereinigung Ägyptens mit dem Sudan anerkannt habe. In gut unterrichteten spanischen Kreisen wurde dagegen darauf hingewiesen, daß Spanien vom neuen Titel Notiz genommen habe, was aber keine formelle Anerkennung des Titels bedeute.

Pibul gestürzt und wieder im Amt

Bangkok (UP). Der thailändische Ministerpräsident Pibul Songgram, der in einem unblutigen Staatsstreich von Militärs unter Führung des Armeegenerals Phin Chun Ahanwan gestürzt worden ist, ist wenige Stunden später nach dem Putsch von einem „provisorischen nationalen Vollzugsausschuß", der die Regierungsgewalt übernommen hatte, wieder in sein Amt eingesetzt worden. Er übernahm zugleich das Verteidigungsministerium. In Bangkok herrscht Ruhe. Die Revolutionäre, die im Gegensatz zu den Teilnehmern an dem Putschversuch im Sommer dieses Jahres aus allen Teilen der Streitkräfte stammten, erklärten, sie hätten das Kabinett gestürzt, weil es ihm nicht gelungen sei, Kommunismus und Korruption zu unterdrücken. Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß sich der Staatsstreich vor allem gegen das Parlament und gegen den wachsenden Einfluß der Anhänger des Königs richtet. Nach einlaufenden Berichten wollen die Revolutionäre den König, der auf der Rückreise von der Schweiz nach Thailand vor kurzem Singapur passierte, ersuchen, sich wieder streng an die Verfassung von 1932 zu halten.

Adenauer will Schlußstrich ziehen

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer will während seines Besuches in London in der kommenden Woche einen „Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen" und mit Premierminister Churchill unter anderem über die Zukunft der Kriegsverbrecher verhandeln. Dies erklärte der Bundeskanzler in Bonn, drei Tage vor seiner Abreise nach England, vor in der Bundesrepublik tätigen britischen Journalisten. Dr. Adenauer sagte weiter, daß er sich glücklich schätzen würde, wenn er Churchill zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik einladen könnte.

Der Bundeskanzler sagte den englischen Journalisten, daß er hoffe, sein Besuch in England werde die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern fördern. „Ich werde mit englischen Politikern sehr offen über Deutschlands außen- und innenpolitische Probleme sprechen", erklärte Dr. Adenauer. Er äußerte den Wunsch, sich weitgehend über die britische Einstellung zu den Europa-Fragen zu unterrichten.

Flugzeuge streuen Desinfektionsmittel

Mailand (UP). Die Flutwasser im oberitalienischen Überschwemmungsgebiet gehen weiter langsam zurück. In Rovigo und Adria normalisiert sich das Leben wieder. Um Epidemien vorzubeugen, werden aus Flugzeugen über dem freigewordenen, verschlammten Land Desinfektionsmittel ausgestreut. Infolge des absinkenden Wasserspiegels konnten die Leichen von fünf der 33 Personen, die auf der Flucht vor dem Hochwasser von einer gewaltigen Woge überspült wurden und ertranken, geborgen werden. Über 70 Flugzeuge versorgen immer noch abgeschnittene Menschen mit Lebensmitteln und Medikamenten und werfen auch Futter für die Tiere ab. Nach einer amtlichen Mitteilung sind im Überschwemmungsgebiet 14 600 Kühe, Schweine und Pferde und 400 000 Hühner umgekommen. 20 000 Pflüge und andere landwirtschaftliche Geräte und 700 Traktoren gingen verloren.

Die deutsche Bundesregierung hat der italienischen Regierung mitgeteilt, daß die Ausfuhr-Abgabe für Zement zeitweise aufgehoben werden soll, damit der Zement, der für den Wiederaufbau im italienischen Überschwemmungsgebiet benötigt wird, frei eingeführt werden kann. Der Präsident des deutschen Bundestages hat dem Deutschen Roten Kreuz 3000 DM für die Opfer der Hochwasserkatastrophe zur Verfügung gestellt.

Moskau gibt Beschießung zu

Moskau (UP). Die Sowjetunion teilte den USA in einer Note mit, daß sowjetische Jäger am 6. November einen amerikanischen Bomber beschossen hätten, der in der Nähe von Wladiwostok sowjetisches Hoheitsgebiet verletzt habe. Die Note wurde dem amerikanischen Geschäftsträger in Moskau, Cumming, vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister Gromyko überreicht. In ihr heißt es, daß zwei sowjetische Jagdflugzeuge versucht hätten, den Bomber zur Landung auf einem sowjetischen Flugplatz zu veranlassen, und dabei vom Bomber beschossen worden seien. Die sowjetischen Flugzeuge seien gezwungen gewesen, das Feuer zu erwidern. Der US-Bomber habe dann abgedreht und sei über dem Pazifik davongeflogen.

Anfang dieses Monats ist ein Wetter-Flugzeug, das den UN von den USA zur Verfügung gestellt worden war, über dem Pazifik verschwunden. Nach einer amtlichen amerikanischen Erklärung befand sich dieses Flugzeug zu keiner Zeit in unmittelbarer Nähe des sowjetischen Hoheitsgebiets.

Kommunistenbekämpfung in Malaya

London (UP). Der britische Kolonialminister Lyttleton hat sich nach Malaya begeben, um in Bukit Serene im Staat Johore an einer Konferenz britischer Militärs und Diplomaten für den Fernen Osten teilzunehmen, auf der die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der drohenden kommunistischen Gefahr erörtert werden soll. Man mißt dem Treffen besondere Bedeutung bei, da bei einem möglichen Frieden in Korea kommunistische Kräfte freiwerden, die in Südostasien eingesetzt werden könnten. Nach den Berichten aus Singapur soll auf der Konferenz auch die Auswirkung der britischen Anerkennung des kommunistischen Chinas auf die britische Politik im Fernen Osten erörtert werden. Nach inoffiziellen Berichten erwägt Großbritannien die Ernennung eines militärischen Oberkommandierenden für Südostasien. In diesem Zusammenhang wird Feldmarschall Montgomery genannt.

Byroade löst McGhee ab

Washington (UP). Der Direktor der Deutschlandabteilung im amerikanischen Außenministerium, Henry A. Byroade, wird demnächst zum Unterstaatssekretär für den Mittleren Osten ernannt werden anstelle von George McGhee, der den Posten des US-Botschafters in der Türkei übernehmen soll. Der bisherige Vertreter Byroades, Geoffrey Lewis, soll dann Direktor der Deutschlandabteilung werden.

Aus dem Werler Gefängnis wurden der 52 Jahre alte deutsche Zivilist Leonhard Mayer und der 28 Jahre alte ehemalige Unteroffizier Horst Maurer vorzeitig entlassen.

Zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen wurden zwei Dänen, die wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Deutschen zum Tode verurteilt worden waren, begnadigt.

Eine Erhöhung der Besatzungskosten in Österreich um 31 Millionen Schilling (rund 6 Millionen DM) auf 453 Millionen Schilling hat der Alliierte Kontrollrat in Wien angeordnet.

Das Gesetz über die Heim-Armee (Home guard) wurde vom britischen Unterhaus verabschiedet, ohne daß das Parlamnt nochmals über die umstrittene Vorlage abgestimmt hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Badener wollen gleichberechtigt bleiben

Ueber 4 Millionen haben das Recht der freien Entscheidung

Freiburg (lwb). Am 9. Dezember wird die Bevölkerung der drei südwestdeutschen Länder Baden (Südbaden), Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern darüber entscheiden, ob die drei Länder zu einem einzigen Lande, dem sogenannten Südweststaat, zusammengeschlossen oder ob die beiden alten Länder Baden und Württemberg einschließlich Hohenzollerns, wie sie bis Kriegsende bestanden, wiederhergestellt werden sollen.

Über dieses Thema haben seit mehr als drei Jahren Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungschefs stattgefunden. Von den insgesamt etwa 6,5 Millionen Einwohnern der drei Länder, die in vier Abstimmungsbezirke (Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern) eingeteilt sind, werden etwa 4 100 000 stimmberechtigt sein. Der „Südweststaat" — über den endgültigen Namen eines solchen Staates wird gegebenenfalls noch entschieden werden — wird geschaffen, wenn die Abstimmung im Gesamtgebiet und in mindestens drei Abstimmungsbezirken eine Mehrheit für den Zusammenschluß ergibt. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, so werden die alten Länder wiederhergestellt.

In einer informativen Volksbefragung, die am 24. September vergangenen Jahres stattfand, hatte sich die Bevölkerung Südwestdeutschlands bereits in der Mehrheit für den „Südweststaat", in Nord- und Südbaden zusammen jedoch mit knapper Mehrheit für die alten Länder ausgesprochen. Im Landesbezirk Nordwürttemberg hatten sich damals 93,5 Prozent, in Württemberg-Hohenzollern 92,5 Prozent für einen Südweststaat entschieden. In Nordbaden hatten sich 57,4 Prozent für einen Zusammenschluß ausgesprochen. In Südbaden hatten sich dagegen 59,6 Prozent für die Wiederherstellung der alten Länder ausgesprochen. Für die jetzt stattfindende Volksabstimmung, die staatsrechtliche Folgen haben wird, wurde ein Bundesgesetz geschaffen, da die beteiligten Länder von sich aus keine Vereinbarung treffen konnten. Ein Einspruch der südbadischen Regierung gegen dieses Bundesgesetz war vor kurzem vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen worden.

Die Abstimmungspropaganda, die von der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg und von der Arbeitsgemeinschaft für die Wiederherstellung des alten Landes Baden getragen wird, hält sich bisher in Grenzen. Wahlplakate sind fast kaum festzustellen. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die größte Zahl der Plakate bereits vor dem ursprünglich für die Abstimmung vorgesehenen Termin, dem 16. September, der durch den Einspruch Südbadens beim Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde, herausgegeben worden war. Neue Plakate wurden im allgemeinen nicht mehr gedruckt. Dagegen finden, vor allem in Nordwürttemberg und Nordbaden, in der letzten Zeit fast allabendlich Veranstaltungen statt. Interessant ist die Haltung der Parteien: Die FDP, SPD und DG-BHE in allen drei Ländern befürworten einen Zusammenschluß. Die CDU in Nord- und Südwürttemberg hat sich ebenfalls für eine Vereinigung der drei Länder ausgesprochen, während die CDU in Südbaden für die Wiederherstellung der alten Länder eintritt. Die CDU Nordbadens verhält sich neutral. Ein entschiedener Gegner des Zusammenschlusses ist die KPD, die die Ansicht vertritt, ein „Südweststaat" werde von den „Imperialisten und Kriegstreibern" gewünscht.

Die Erklärung des Erzbischofs

Das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg, hat zu der Erklärung des Erzbischofs von Freiburg, Dr. Rauch, Stellung genommen. Das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft stellt fest, daß es sich bei dieser Empfehlung nicht um eine kirchenamtliche Stellungnahme, sondern um eine persönliche Erklärung des Erzbischofs handele. Im übrigen rufe der Erzbischof allgemein zur Wahlbeteiligung auf und betone, daß jeder Abstimmende seine Stimme „nach bester Überzeugung" abgeben solle. Offenbar schwebe dem Erzbischof von Freiburg doch vor, daß man „nach bester Überzeugung" auch für den Südweststaat eintreten könne, ohne sich damit außerhalb der Kirche, des kirchlichen Gehorsams oder des gebotenen Interesses der Katholiken zu stellen.

Das Bischöfliche Ordinariat in Rottenburg hat in einer Erklärung erneut betont, daß es in der Südweststaat-Frage wie bisher neutral bleiben werde. Bischof Dr. Leiprecht hat gleichzeitig alle wahlberechtigten Katholiken der Diözese aufgefordert, sich am 9. Dezember „nach bestem Wissen und Gewissen" an der Abstimmung zu beteiligen.

Evangelische Kirche bleibt neutral

Der Evangelische Oberkirchenrat von Württemberg hat an die kirchliche Presse eine Erklärung zur Volksabstimmung über den Südweststaat abgegeben, in der es heißt, die evangelische Kirche habe zu dieser politischen Frage bislang in keiner Weise Stellung genommen und tue dies auch weiter nicht. Die Kirchenleitung bitte jedoch alle abstimmungsberechtigten Gläubigen, „angesichts der Tragweite des Abstimmungsergebnisses für die Zukunft unseres staatlichen Lebens" eine persönliche und verantwortliche Entscheidung zu treffen.

Gewerkschaften wollen Südweststaat

Der 2. Vorsitzende des Württemberg-badischen Gewerkschaftsbundes (der den gesamten südwestdeutschen Raum erfaßt), Wilhelm Reibel, wandte sich in einer Erklärung erneut gegen alle Zweifel, die an der „südweststaatpositiven Einstellung" der Gewerkschaften aufkommen konnten. Reibel stellte fest, die südwestdeutschen Gewerkschaften hätten bereits im Oktober 1949 einstimmig beschlossen, die Bildung des Südweststaates tatkräftig zu unterstützen. Auch auf der 1950 abgehaltenen Landesbezirkskonferenz der südwestdeutschen Gewerkschaften sei diese Haltung einstimmig angenommen worden.

Südbaden finanziell leistungsfähig

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Kopf (CDU), Freiburg, bezeichnete auf einer Kundgebung der Altbadener in Heidelberg Südbaden als ein finanziell leistungsfähiges Land. Für die industrielle Entwicklung Badens sei der Wasser- und Stromreichtum des Landes sehr günstig. Der Oberbürgermeister von Rastatt, Jäger, versicherte, daß die Steuerkraft Gesamt-Badens nach Vereinigung der beiden badischen Landesteile in einem Maße steigen werde, daß sich Baden in Kürze mit der Steuerkraft Württembergs messen könne. Wörtlich sagte Jäger: „Wenn wir die selbständigen Länder Baden und Württemberg geschaffen haben, können wir uns mit unseren Württemberger Nachbarn immer noch an einen Tisch setzen." Dann könne man als Gleichberechtigter mit Stuttgart verhandeln.

Wohleb sprach vor Studenten

Es gehöre mit zu den Aufgaben der Universität, die Hörer auch politisch zu bilden, erklärte Staatspräsident Wohleb in einem „Colloqium politicum" vor Studenten der Universität Freiburg. Wohleb sprach über „Probleme des Föderalismus" und befaßte sich vor allem mit der Neugliederung im Südwestraum. Er wies in diesem Zusammenhang u. a. die Behauptung zurück, daß eine Vereinigung der Länder die Verwaltung vereinfachen würde. Je mehr zentralisiert werde, desto weniger komme der einzelne Bürger an die Regierung heran und desto weniger sei die Verwaltung kontrollierbar. Auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Neugliederungsgesetze eingehend, erklärte Wohleb, er sei in der unglücklichen Lage, das Urteil „schelten" zu müssen. Auf die daraufhin einsetzenden Mißfallensäußerungen einiger Studenten sagte Wohleb: „Wir verletzen keineswegs die Würde des höchsten Gerichtes, wenn wir feststellen, daß sich auch ein höchstes Gericht irren kann. Als freier Staatsbürger habe ich durchaus das Recht, auch die Entscheidung des höchsten Gerichtes zu kritisieren", sagte Wohleb. Die Logik der Entscheidung über den Paragraphen 10 des 2. Neugliederungsgesetzes, der die Durchzählung der Stimmen behandelt, leuchte ihm nicht recht ein. Seiner Auffassung nach sei das Land Baden immer noch existent. Er betrachte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes als einen schweren Schlag gegen den Föderalismus und die Demokratie und fürchte, daß man damit ein böses Präjudiz für künftige Volksabstimmungen geschaffen habe.

Badische Staatskanzlei berichtigt

Die Badische Staatskanzlei in Freiburg stellte in einer offiziellen Mitteilung eine Äußerung der Arbeitsgemeinschaft der Badener in Karlsruhe richtig. Die Arbeitsgemeinschaft hatte in einer Postwurfsendung erklärt, daß in einem wiederhergestellten Baden entsprechend dem Grundsatz einer sparsamen und einfachen Verwaltung nur die vier klassischen Ministerien für Inneres, Kultus, Finanzen und Justiz und daneben noch ein Wirtschaftsministerium mit Abteilungen für Arbeit und Landwirtschaft errichtet werden sollen. Nach der Mitteilung der Staatskanzlei entspricht diese Erklärung in keiner Weise den tatsächlichen Absichten der für die Politik in einem wiederhergestellten Baden verantwortlichen Männer.

Dr. Unser wurde beigesetzt

Ehrende Trauerfeier auf dem Bergfriedhof in Karlsruhe-Durlach

Karlsruhe (lwb/lds). Der in der Nacht zum Mittwoch verstorbene Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Hans Unser, wurde auf dem Bergfriedhof in Karlsruhe-Durlach beigesetzt. An den Trauerfeierlichkeiten nahmen Vertreter der Landesregierung, des Landesbezirkspräsidiums, der südbadischen Regierung, der Stadt Karlsruhe und der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg teil.

Im Auftrag des Bundesjustizministers Dr. Th. Dehler legte der Präsident des Bundesgerichtshofes, Dr. Weinkauff, am Grabe des Verstorbenen einen Kranz nieder. Vor dem Grab hatte zum ersten Mal in Karlsruhe eine Gruppe der neugebildeten Bereitschaftspolizei gemeinsam mit Abteilungen der Landes-, der Städtischen und der Hafenpolizei Aufstellung genommen.

Der evangelische Landesbischof von Baden, D. Bender, bezeichnete in seiner Predigt den Verstorbenen als einen arbeitsfrohen Menschen, dem es mit Eifer und Gottvertrauen gelungen sei, die Sympathie der Bevölkerung des ganzen Landesbezirks Nordbaden zu erwerben.

Als Vertreter des erkrankten Ministerpräsidenten Dr. Maier sprach Kultminister Dr. Schenkel dem Verstorbenen den Dank der württemberg-badischen Regierung aus. Dr. Unser sei ein guter Berater im Ministerrat gewesen. Mit bewegter Stimme sagte Dr. Schenkel: „Ein Mensch hat nicht umsonst gelebt, wenn er sich für die Verwirklichung der Humanität selbst geopfert hat". Die Landesregierung und die Bevölkerung Nordbadens werden dem Toten ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ministerialrat Schneider von der Landesbezirksverwaltung Nordbaden sagte, die Liebe des Verstorbenen habe dem Volk gehört. Dr. Unser habe die Tradition hervorragender Männer in der nordbadischen Verwaltung mit Erfolg fortgesetzt. Im Namen der südbadischen Regierung übermittelten Innenminister Professor Dr. Schühly und Finanzminister Dr. Eckert dem Verstorbenen die letzten Grüße. Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg dankte Bundestagsabgeordneter Freudenberg dem Dahingeschiedenen für seine unermüdliche Tätigkeit.

Der Landesvorsitzende der SPD Württemberg-Baden, Bundestagsabgeordneter Schöttle, bezeichnete Dr. Unser als einen politischen Kämpfer, der durch seine Leistung, Begabung und Bescheidenheit hohes Ansehen errungen habe. Schöttle nahm von Dr. Unser, der der SPD angehört hatte, mit den Worten Abschied: „Du warst ein bescheidener Berater bei unserer Arbeit, und trotzdem ein großer Mensch, wir werden Deiner immer in Ehren gedenken".

Der Bürgermeister von Karlsruhe, Fridolin Heurich, und der Oberbürgermeister von Heidelberg, Dr. Hugo Swart, überbrachten die letzten Grüße der nordbadischen Städte und des Württemberg-badischen Städteverbandes. — Die Trauerfeier wurde von den Darbietungen des Karlsruher Streichquartetts umrahmt.

Dr. Veit geschäftsführender Bezirkspräsident

Karlsruhe (lwb/lds). Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, hat den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister, Dr. Hermann Veit, mit der Führung der Geschäfte des Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden beauftragt.

Kreuz und quer durch Baden

Heidelberg. Der Verband Deutscher Privatschulen hält seine diesjährige Hauptversammlung in Heidelberg ab. Die Delegierten wollen vor allem rechtliche und steuerrechtliche Probleme ihrer Anstalten besprechen. (lwb)

Mannheim. Alle städtischen und staatlichen Gebäude in Mannheim haben aus Anlaß des Todes von Landesbezirkspräsident Dr. Hans Unser Halbmast geflaggt. (lwb)

Mosbach. Der erste Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Kummernuß, wandte sich in Mosbach entschieden gegen den Vorschlag des Bundestags-Unterausschusses für Mitbestimmung, den öffentlichen Dienst aus dem allgemeinen Betriebsverfassungsgesetz auszuschließen. (lwb)

Freiburg i. Br. Der emeritierte Professor für Kirchenrechte an der Universität Freiburg, Dr. Nikolaus Hilling, konnte seinen 80. Geburtstag feiern. (CND)

Forstbeamte fordern Gehalts-Neuregelung

Säckingen (lds). Die Forstbeamten aus dem gesamten oberbadischen Raum erörterten in Säckingen Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten. Dabei meldeten sich vor allem die jüngeren Forstbeamten zu Wort, die infolge ihrer niedrigen Einstufung besonders hart von der Teuerung betroffen werden. Die Versammelten forderten eine baldige gehaltliche Neueinstufung der Angehörigen des mittleren gehobenen Dienstes.

Konstanz. Von der Ortsgruppe Konstanz der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft wurden in diesem Sommer 15 Menschen vor dem Tode des Ertrinkens gerettet. (lds)

ALLEWEGE führen zu Dir

LIEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER

Copyright by Hamann-Meyerpress

(33. Fortsetzung)

Jennifers Augen brannten, sie fühlte, was dieser Mann ertragen hatte.

„Ich konnte nicht, Jennifer. Nicht meinetwegen, aber meine Mutter lebte noch. Ihr mußte ich den Prozeß ersparen, sie wäre daran gestorben. Percy Hunton konnte ich nicht wieder lebendig machen, aber ich wollte nicht, daß noch ein Mensch sein Leben einbüßte. Meine Mutter war damals schwer herzleidend, sie starb bald darauf, sie hat nie erfahren, daß Percy Huntons Tod kein Unglücksfall war. Sie glaubte, daß ich aus England fortgegangen sei, weil ich eine Mission in China erfüllen sollte. Und so kam ich hierher. Mein Bruder schrieb, es sei besser nie wieder nach England zu kommen, damit keinerlei Verdacht entstünde. Er hätte alles geordnet, es sei besser, wenn ich für sie alle tot sei.

Und ich begann, die Leute von drüben zu hassen und zu verachten. Die Frau, die mich betrogen hatte, den Freund, der mir mein Liebstes nahm und mich verlachte, die Gesellschaft, die mich fallen ließ, weil sie nicht verstand, daß ich mein Leben den Armen und Unterdrückten widmen wollte. Ich wollte Gutes tun, Jennifer, ich wollte büßen für das was geschehen war. Ich dachte, daß ich dies am besten dadurch tun könnte, daß ich denen half, die keinen Beschützer hatten. Und so wurde ich Wu Tang, der „große Zauberer". Und nun bist du gekommen, Jennifer, und ich darf dich nicht in meine Arme nehmen, weil ein Toter zwischen uns steht. Aber es ist ein Glück für mich, ein unsagbares Glück und gleichzeitig ein tiefes Leid, das ich dich treffen durfte".

Er beugte sich zu ihr herab und legte seinen Kopf in ihre Hände.

Sie saß ganz still und rührte sich nicht.

„Nun kennst du Oliver Pershams Geschichte, nun weißt du, weshalb er Wu Tang wurde!"

„Ja, Oliver!"

Sie lächelt ihm zu, aber eine Träne lief langsam über ihr Gesicht. Sie konnte nichts tun, gar nichts, denn sie wußte zu genau, daß es Olivers Ehre verbot, sie zu seiner Frau zu machen.

Eine kleine Weile herrschte Schweigen. Oliver blickte auf die Uhr.

„Es ist Zeit, wir müssen versuchen, hier fortzukommen. Jetzt ist dunkelste Stunde der Nacht. Gib dem Kind dieses Pulver, es ist unschädlich, aber es läßt den Kleinen einige Stunden fest schlafen. Wir müssen aus der Palaststadt heraus durch den geheimen Gang. Ein Flugzeug wartet auf uns nur wenige Kilometer entfernt. Ich ließ es dort startbereit zurück, als ich alleine hierher kam. Es war die einzige Chance, euch zu retten. Bist du bereit, Jennifer?"

Sie nickte. Während sie Yen Sei das Pulver gab, hatte Oliver ein Bündel zusammengeschnürt. Er reichte Jennifer ein Paar Bastschuhe, denn in den hochhackigen Silberschuhen, die zu dem hellblauen Abendkleid gehört hatten, konnte sie nicht gehen.

„Komm, Jennifer!"

Sie sah sich noch einmal in der kleinen chinesischen Grabkammer um. Hier hatte Oliver ihr gesagt, daß er sie liebe — nie würde sie diesen Ort vergessen.

Oliver nahm den schlafenden Knaben auf den Arm. Dann reichte er Jennifer das Bündel.

„Horch, Oliver, was ist das?"

Sie standen einen Augenblick ganz still und lauschten. Ein feines Rieseln, als ob aus einem Brunnenrohr Wasser käme, traf ihr Ohr.

Oliver faßte plötzlich Jennifers Hand mit eisernem, schmerzendem Griff.

„Fort, so schnell wie möglich!"

Er riß sie mit sich fort, sie sah, wie aus dem Boden plötzlich Wasser drang. Unsichtbare Schleusen hatten sich geöffnet. Schon schwammen die Silberschuhe, die sie am Boden hatte liegen lassen, in einer Wasserlache. Das Wasser stieg in unheimlicher Hast. Jetzt hatte es die niedrige Lagerstatt erreicht und leckte an den Decken. Schon krochen die Fluten in den Gang und drangen in hüpfenden, kleinen Wellen an den Wänden empor.

Sie keuchten den engen Gang entlang. Jennifer sah, daß auf Olivers Stirn Schweißtropfen standen. Auch sie fühlte, daß der Tod die Hand nach ihnen ausstreckte.

Jetzt waren sie am Ende des Ganges angelangt. Fieberhaft suchten Olivers Hände den Mechanismus, der den Stein beiseite schieben sollte, aber er fand ihn nicht. Eine unsichtbare Hand mußte die Konstruktion verändert haben.

Jennifer sah, wie Oliver die Zähne zusammenbiß, wie es in seinem Gesicht arbeitete. Er hatte den schlafenden kleinen Chinesenknaben in Jennifers Arme gelegt, seine Hände tasteten fieberhaft an den Steinen entlang. Das Wasser stieg und gurgelte.

Endlich, ganz langsam, bewegte sich der Stein. Aber er schob sich nur halb beiseite, wie eine Fensteröffnung.

Und in dieser Oeffnung erschien ein uraltes Gesicht, starr wie eine Maske, mit tausend Runzeln und Fältchen.

Das Gesicht der Großen Mutter!

Mit einem Aufschrei warf sich Oliver Persham gegen die Steinquadern. Aber vergeblich, sie wichen keinen Zoll.

Das Gesicht der Großen Mutter verzog sich zu einem Grinsen.

Oliver hob die Faust, aber Jennifer legte schnell die Hand auf seinen Arm.

„Nicht", flüsterte sie, „nicht, Oliver!"

„Oliver?" fragte die Große Mutter, „wenn du Oliver bist, dann bist du Wu Tang!"

Eine unendliche Genugtuung schien sie zu beseelen.

„Wu Tang, fühlst du, wie das Wasser steigt? In wenigen Stunden bist du tot. Du und die weiße Frau, die meinem Willen trotzen wollte. Ich wollte ihr Bestes, sie ist tapfer, die weiße Frau mit den roten Locken — aber sie nahm den Kampf gegen mich auf. Sie versuchte zu fliehen, doch der Arm der Großen Mutter reicht weit! Wo ist Yen Sei? Geht das Kind her!"

Jennifer sah das Gesicht des schlafenden Knaben an. Das Kind atmete tief und ruhig, die kleinen, zarten Hände waren zu Fäusten geballt.

„Oliver", flüsterte sie, „das Kind darf nicht sterben. Sie wird ihm nichts tun, wenn wir es ihr geben. Oliver, wir müssen es tun. Ich kann ein kleines, unschuldiges Kind nicht sterben lassen. Vielleicht kommt Huang Yu, um seinen Sohn zu holen. Oliver, wir müssen ihm die Chance geben!"

„Ja, Jennifer, du hast recht. Aber warte — erst lasse mich mit der Großen Mutter sprechen! Vielleicht gibt es einen Weg!"

Er nahm den Knaben in den Arm und trat dicht an die Fensteröffnung heran. Er hob das Kind hoch, aber nicht so weit, daß die Große Mutter es fassen konnte.

Jennifer sah, wie die Augen der alten Frau gierig aufleuchteten. Sie streckte ihre mageren Arme aus, sie wollte das Kind ergreifen, aber Oliver wich zurück.

Und dann sprach er, lange und eindringlich, in einem chinesischen Dialekt, den Jennifer nicht verstehen konnte. (Forts. folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK · Baden-Württemberg

VON SONNTAG, 2. DEZ. 1951

Unser Rundfunk

BIS SAMSTAG, 8. DEZ. 1951

SÜDDEUTSCHER RUNDFUNK

Radio Stuttgart 528 m = 575 kHz

Sonntag, den 2. Dezember 1951 (1. Advent)

7.00 Andacht der Baptisten
8.00 Landfunk mit Musik
8.30 Welt des Glaubens
8.45 Ev. Morgenfeier
9.15 Geistliche Musik
9.45 Kunstkalender im Dezember
10.30 Melodien am Sonntag
11.10 Wiederaufbau und Baurecht
11.30 Bach: Kantate Nr. 61
13.30 Aus unserer Heimat
15.00 Frohe Klänge
17.00 Des Bischofs Bettler
17.30 Orchesterkonzert
18.30 De Adventu Domini
19.00 Sport am Sonntag — Toto
20.05 „Voll Freude klingt's"
21.45 Sport aus nah und fern
22.10 Kammermusik
22.40 Neue Lyrik
23.00 Tanzmusik

Montag, den 3. Dezember 1951

7.00 Ev. Morgenandacht
10.45 Die Krankenvisite
11.40 Kulturumschau
15.30 Kinderfunk
16.00 Nachmittagskonzert
16.45 Bücher für lange Abende
17.00 Konzertstunde
18.00 Karlsruher Unterhalt.-Orch.
18.25 Gartenfunk
19.00 Camille Saint-Saens: Violinkonzert Nr. 3 h-moll
20.05 „Wovon die Schneemänner träumen", Wintermärchen für die Vertriebenen
21.00 Tonhalle-Orch. Zürich
21.45 Militärpol. Kommentar
21.10 Serge Prokofieff.
23.00 „Der kleine Herr Braun", musikal. Groteske
23.45 Alte Meister

Dienstag, den 4. Dezember 1951

7.00 Ev. Morgenandacht
11.45 Landfunk
15.30 Heiz Schierle, Akkordeon
16.00 Nachmittagskonzert (Rundfunk-Symphonieorch.)
16.50 Frauenfunk
17.05 Zum Fünf-Uhr-Tee
18.00 Klänge der Heimat
18.30 Mensch und Arbeit mit dem Stellenanzeiger
19.00 Das Städt. Orch. Heidelberg
19.15 Die Rathaus-Viertelstunde
20.05 Das Filmmagazin. Vorschau auf die Weihnachtspremieren
21.15 „Die Bürde der Lauterkeit", zum Todestag A. Schäffers
22.10 Musetteorchester Pierre Blanchard und Horst Schimmelpfennig, Kino Orgel
23.15 Melodien von Irving Berlin

Mittwoch, den 5. Dezember 1951

7.00 Ev. Morgenandacht
10.45 „Pastoral-Symphonie" von André Gide
11.45 Landfunk
14.15 Unterhaltungsmusik
15.30 W. Scheumayer am Klavier
16.00 „Der Maler Gustav Schönleber", zum 100. Todestag
16.15 Nachmittagskonzert
17.00 „Balzac, Pionier christlicher Dichtung?"
17.15 Mozart † 5. Dezember 1791
18.00 Unterhaltungsmusik
18.30 Aus der Wirtschaft
19.00 Tanzorchester Erwin Lehn
20.05 „Vater braucht eine Frau"
21.05 Große Sänger und Virtuosen
22.10 Pulltaklänge
23.00 Tanzmusik aus Übersee
23.45 Das Nachtfeuilleton

Donnerstag, den 6. Dezember 1951

7.00 Ev. Morgenandacht
11.15 Werke von Brahms
11.45 Landfunk
14.00 Frauenfunk
15.30 Wolfram Röhrig am Klavier
16.00 Konzertstunde
16.45 „Märchen aus Ibiza" von Friedrich Burschell
17.10 Unterhaltungsmusik
18.00 „Heut ist Niklasabend da"
18.30 Sport gestern und heute
19.00 Schöne Stimmen: Elfr. Trötschel (Sopran), A. Dermota (Tenor), Georg Oggl (Bariton)
20.05 Wir senden — Sie spenden
20.45 Tanzorch. Erwin Lehn, Fritz Schulz-Reichel, Klavier
22.10 Werke für zwei Klaviere
23.15 Engl. Orchestermusik
0.05 Jazz im Funk

Freitag, den 7. Dezember 1951

7.00 Andacht der Methodisten
10.45 Die Krankenvisite
11.40 Kultur-Umschau
15.30 Kinderfunk
16.00 Nachmittagskonzert
16.45 Neue Gartenbücher
17.05 Froh und heiter
18.15 Offenbach-Fantasie
18.35 Für die berufstätige Frau
19.00 „Verliebte Tasten"
19.15 H. Mostar im Namen d. Ges.
20.05 Symphoniekonzert. Solistin: Poldi Mildner, Klavier — Serge Prokofieff: VI. Symph. Robert Schumann: Klavierkonzert a-moll. Mussorgsky-Ravel: Bilder einer Ausstellung
22.10 Tanzmusik
22.45 J. Nestroy † 7. Dez. 1861

Samstag, den 8. Dezember 1951

7.00 Kath. Morgenandacht
11.15 Bach — Mozart
11.45 Landfunk
14.30 Eine Sporträtselsendung
15.00 Unsere Volksmusik
16.00 Nachmittagskonzert
16.45 Filmprisma
17.05 Wir senden — Sie spenden
18.00 Bekannte Solisten
18.30 Mensch und Arbeit mit dem Stellenanzeiger
19.00 Stuttgarter Volksmusik
19.30 Zur Politik der Woche
20.00 „Herrn Pfeiderers Abenteuer", mit Willi Reichert „Das Alibi"
20.50 Wie Sie wünschen!
21.45 Sportrundschau
22.10 US-Schlagerparade
22.40 Stuttgart bittet zum Tanz

VON ANDEREN SENDERN

Bayerischer Rundfunk (BR) = 312,00 m, KW = 48,70 m
Hessischer Rundfunk (HR) = 208,47 m, KW = 49,00 m
Nordwestd. Rundfunk (NW) = 309,00 m, KW = 41,15 m

Sonntag, den 2. Dezember 1951 (1. Advent)

8.00 Chorkonzert (BR)
9.15 Kantate von Bach (HR)
11.00 Unsere Volkslieder (HR)
11.45 Neue Bücher (BR)
13.00 Schlagermelodie (HR)
15.00 Meister ihres Fachs (HR)
16.00 Tanztee (NW)
16.15 Märchen-Suiten (BR)
17.15 Was ihr wollt (NW)
17.35 Kammermusik (BR)
18.00 Worte der Dichter (NW)
19.05 US-Schlagerparade (HR)
20.00 Allerlei Fantasien (NW)
20.05 „Meine Schwester u. ich", Operette von Benatzky (BR)
20.05 Musik für Dich (HR)
22.15 Tanzmusik (NW)
22.30 Froher Ausklang (HR)
22.55 Verse v. R. A. Schröder (NW)
0.10 Besinnliche Musik (NW)

Montag, den 3. Dezember 1951

14.55 Frauenfunk (BR)
15.40 Wirtschaftsfunk (NW)
16.00 Musik-Impressionen aus der Tierwelt (HR)
16.40 Melod. Rhythmen (NW)
16.45 Die Erzählung (HR)
17.20 Nachwuchs musiziert (BR)
17.35 Für die Frau (NW)
17.45 Kirche und Welt (BR)
18.00 Unterhaltung mit Musik (HR)
19.00 Melodie und Rhythmus (BR)
19.30 „Gasparone", Operette von Millöcker (NW)
21.20 „Der Mantel", Oper von Puccini (BR)
23.30 Allerlei mit Musik (NW)
0.30 G. Hüntzschel spielt (NW)
„Jamaika" (NW)
22.20 Beethoven und Dvorak (HR)
23.20 Jazz und Synkopen (HR)

Dienstag, den 4. Dezember 1951

15.50 Hans Bund spielt (NW)
16.00 3 Instrumentalkonzerte (HR)
18.00 Unterhaltungsmusik (BR)
18.10 Kammermusik (NW)
17.00 Die Bücherstunde (HR)
17.15 Musik aus London (HR)
17.20 Konzertstunde (BR)
19.00 Erholung mit Musik (HR)
19.30 Der Filmspiegel (NW)
19.30 Wirtschaftskommentar (BR)
20.00 Orch. Harry Hermann (NW)
20.00 Kurzwell mit Musik (BR)
20.05 Große Solistenrevue (HR)
21.10 Werke von Haydn (NW)
21.15 Allerlei aus dem Sudetenland (HR)
23.00 Nachtkonzert (BR)
23.30 Symphonische Dichtung (NW)
0.05 Unterhaltungskonzert (BR)
0.30 Tanzmusik (NW)

Mittwoch, den 5. Dezember 1951

14.45 An zwei Klavieren (HR)
15.05 Musik zu dritt (HR)
15.40 Wirtschaftsfunk (NW)
16.50 Tanzmusik (NW)
16.00 Orchesterkonzert (HR)
16.15 Nachmittagskonzert (HR)
16.50 Musik aus Filmen (NW)
17.20 Neue Schallplatten (BR)
18.30 Schule und Eltern (HR)
19.00 Nette Schlager (HR)
20.05 „Die Jüdin" Oper von Halévy (HR)
20.15 Opernmelodien (BR)
21.45 Vertraute Klänge (BR)
22.20 Tönende Leinwand (BR)
22.35 Tanzmusik (NW)
22.50 Verklungene Melodien (NW)
23.10 Zärtliche Weisen (HR)
0.05 Jazz (HR)
0.30 B. Hamann spielt (NW)

Donnerstag, den 6. Dezember 1951

14.35 Für die Mütter (BR)
15.50 E. Kornauth spielt (NW)
16.00 Musik und Mode (HR)
16.00 St. Nikolaus, Kantate von Britten (BR)
16.15 Schlagermusik (NW)
17.00 Unterhaltungskonzert (HR)
17.20 Kammermusik (BR)
18.35 Aus der Wirtschaft (HR)
19.00 Erholung mit Musik (HR)
19.30 Abendkonzert (NW)
20.00 Sie wünschen (BR)
20.05 Erich Börschel spielt (HR)
20.15 St. Louis, Funkballade mit Curt Götz (NW)
20.50 Neues vom Film (HR)
22.50 Im Dreivierteltakt (NW)
23.00 Über Martin Heidegger (BR)
23.10 Tanzmusik (HR)
23.55 Gedichte von E. Hettich (NW)

Freitag, den 7. Dezember 1951

13.25 Balletimusik (NW)
16.00 Solistenkonzert (HR)
16.00 Nachmittagskonzert (BR)
16.15 Werke von Bach (NW)
16.50 Unterhaltungsmusik (HR)
17.20 Neue Schallplatten (BR)
18.35 Recht für jedermann (HR)
19.00 Streichchor. Deuber (BR)
19.30 „Hoffmanns Erzählungen", Oper v. J. Offenbach (NW)
20.00 „Der Graf von Ratzburg", Drama von Ernst Barlach (BR)
20.05 Wiener Bonbons (HR)
22.20 Nette Melodien (BR)
22.40 Jazz-Jamboree (NW)
22.50 Musik von Gershwin (HR)
23.25 Kleine Spezialitäten (NW)
23.30 Schweizer Klaviermusik (BR)

Samstag, den 8. Dezember 1951

14.00 Freut euch des Lebens (NW)
17.20 Liebe alte Weisen (NW)
15.00 Erlebnisse in Algerien (HR)
16.00 Gute Unterhaltung (NW)
16.00 Alte Tanzweisen (HR)
16.00 Frohe Klänge (BR)
16.35 Es lebe die Kleinkunst (HR)
17.10 Chorkonzert (BR)
18.35 Gewerkschaftsfunk (HR)
19.00 Tänze aus aller Welt (BR)
19.20 Berlin spricht mit Bonn (NW)
20.00 Ein Tanzabend (NW)
21.30 Schöne Melodien (HR)
22.10 Werke von Goldmark (NW)
22.15 Sportberichte (HR)
22.25 Unterhaltungskonzert (BR)
22.30 Tausend Takte Tanzmusik (NW)
22.45 Melodie und Rhythmus (NW)
0.05 Rhythmische Klänge (BR)

SÜDWESTFUNK

Baden-Baden und Freiburg = 363 m
Rheinsender 295 m - Reutlingen 195 m

Sonntag, den 2. Dezember 1951 (1. Advent)

7.30 Morgen-Konzert
8.10 Ständchen am Sonntag
8.30 Ev. Morgenfeier
9.00 Aus der christl. Welt
9.15 Kath. Morgenfeier
9.45 Werke von J. Brahms (V)
10.30 Das Probl. der Persönlichkeit
11.45 Für den Bauern
13.30 Klingende Kleinigkeiten
14.00 „Advent in Babenham"
15.30 Fröhliche Klänge
16.30 Mayen — Stadt der Burgen
17.00 Konzert
18.20 Worte zum Advent
18.30 Sportreportagen
19.20 Alte deutsche Adventslieder
20.00 Was euch gefällt!
21.15 „Augustinus der Seelsorger"
21.30 Tänzerische Musik
22.20 Sport und Musik

Montag, den 3. Dezember 1951

6.50 Ev. Morgenandacht
15.00 Wirtschaftsfunk
15.15 Montags fängt die Woche an
16.15 Paul Schaaf — Ein Meister des besinnlichen Humors
16.45 Solisten-Konzert Gustav Scheck (Flöte) Maria Bergmann (Klavier)
17.15 Jugend im neuen Roman
20.00 Musik für dich!
20.50 Probleme der Zeit
21.00 Italienisches Opern-Konzert. Das Südwestfunk-Orchester. Leitung: Hans Rosbaud und Ernest Bour
21.55 Worte zum Advent
22.20 Klaviermusik
22.30 Lyrik des schwarzen Mannes. Gedichte und Prosa
23.00 Virtuose Instrumente

Dienstag, den 4. Dezember 1951

6.50 Kath. Morgenandacht
15.15 Heimische Künstler musizieren Günther Kehr (Violine), Georg Schmidt (Viola), Kurt Herzbruch (Violoncello)
15.45 Unvergessene Heimat
16.00 Roussel: Sinfonietta für Streichorch., Tschaikowsky: 2. Sinfonie c-moll op. 17
16.45 Werner von der Schulenburg: „Die Enthüllung meines Denkmals"
17.00 Musik zur Unterhaltung Solist: Fried. Eugen Engels (Tenor), ein Unterhaltungs-Orch. Leitung: Otto Gerdes
17.40 Eigenprogramm des Studios
20.00 Unterhaltungsmusik —
21.45 Kleines Zwischenspiel
21.55 Worte zum Advent

Mittwoch, den 5. Dezember 1951

6.50 Ev. Morgenandacht
15.00 Wirtschaftsfunk
15.15 Nachmittagskonzert
16.15 Bücherschau
16.30 „Niklaus, komm in unser Haus"
17.00 Fortschritte auf UKW
17.20 Beethoven: Rondo B-dur. Franz Osborn spielt
20.00 Melodienreigen
20.30 „Nikolaus und Nikodemus" — Eine wunderliche Reise
21.40 Sang und Klang im Volkston
21.55 Worte zum Advent
22.20 Philipp Emanuel Bach: Rondo für Clavichord. Fritz Neumeyer
22.30 Leopold Zahn: Nestroy, der Mephisto des Volksstückes
23.00 Tanzmusik

Donnerstag, den 6. Dezember 1951

6.50 Kath. Morgenandacht
14.30 Kinderliedersingen
15.00 Welt und Wissen
15.15 Nachwuchs stellt sich vor
15.45 Lyrik der Zeit
16.00 Aus der Heimat
16.30 Wider den Kulturpessimismus unserer Tage
16.45 Musik von Debussy u. Rachmaninoff. Martin Piper spielt
17.15 Der Rechtsspiegel
20.00 Schöne Melodien
20.45 Abenteuer in der Unendlichkeit — Ein Floß treibt über den Pazifik, Hörfolge von K. Schaper
21.45 Kleines Zwischenspiel
21.55 Worte zum Advent
22.15 Franz.-deutsch. Gespräch
22.30 Konzert. Leit. H. Reichert

Freitag, den 7. Dezember 1951

6.50 Ev. Morgenandacht
15.15 Musik am Nachmittag
15.45 Kräfte und Gegenkräfte im neuen Europa
16.00 Kammermusik von Albert Moeschinger
16.30 Eine rätselhafte Widmung
16.45 Musik zur Unterhaltung
20.00 Operettenklänge
20.45 Das Buch einer Frau über die Frau
21.00 Die großen Meister
21.55 Worte zum Advent
22.20 Probleme der Zeit
22.30 „Ganz leise kommt die Nacht . . ."
23.00 „Alle Mädchengeschäfte heißen Hinsch", von W. Borchert
23.15 Für Kenner und Liebhaber: Bartok, Strawinsky

Samstag, den 8. Dezember 1951

6.50 Kath. Morgenandacht
15.00 Amerikanische Künstler singen Opern-Arien und Duette
16.00 Horst Scharfenberg mit seinem tönenden Reisekoffer in Teheran
16.30 „Allerlei durch Drei"
20.00 Schöne Melodien
20.10 Kurt Seiffert zum Gedächtnis
21.00 „Das hohe Tor", ein Adventsliederspiel
21.50 Worte zum Advent
22.15 Sportrundschau
22.30 Der SWF bittet zum Tanz
1. Kurt Edelhagen mit seinem Orchester spielt auf
2. Beliebte Ton-Filmschlager
3. Das SWF-Tanzensemble, Ltg. Hubert Deuringer
4. Wir tanzen Tango

Aus der badischen Heimat

Bodmer sprach in Pforzheim

Pforzheim (ldz). Einer der führenden Sprecher der Sozialistischen Reichspartei, von Bodmer, sprach sich bei einer internen Zusammenkunft der SRP in Pforzheim für eine deutsche Nationalarmee aus, die gegen „jeden Friedensbrecher" eingesetzt werden solle. Er sagte ferner, daß die „Schachtsche Reichsmark" viel mehr wert gewesen sei als die heutige Deutsche Mark.

Private Abstimmung zur Spielbankfrage

Heidelberg (swk). Nachdem der Heidelberger Stadtrat beschlossen hat, die von der württemberg-badischen Regierung empfohlene Volksbefragung zur Spielbank nicht durchzuführen, hat sich die „Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Wohnungsnot e. V." entschlossen, von sich aus am 2. Dezember 1951 eine derartige Befragung zu veranstalten. Nach einer Zusage des vor einigen Tagen verstorbenen Präsidenten des Landesbezirks Baden soll das Ergebnis anerkannt werden. Das Vorgehen der Aktionsgemeinschaft geschieht, um den ganzen Fragenkomplex der Heidelberger Spielbank aus der politischen Atmosphäre herauszulösen.

Pläne um eine neue Rheinbrücke

Koordinierung der Mannheimer und Ludwigshafener Wünsche

Mannheim (lwb/ldz). Der Verwaltungsrat der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar", der die Städte Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen und Frankenthal mit ihren Landkreisen sowie die hessische Stadt Viernheim angehören, hat in einer internen Sitzung in Ludwigshafen den Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Dr. Resch, beauftragt, für eine Koordinierung der Mannheimer und Ludwigshafener Rheinbrückenpläne einzutreten.

Von der Stadt Mannheim wurde der Bau einer Rheinbrücke über den Ludwigshafener „Winterhafen" vorgeschlagen. Das würde jedoch die Verlegung des Hauptbahnhofs von Ludwigshafen notwendig machen, dessen Empfangshalle im kommenden Jahr von der Bundesbahn ausgebaut werden soll. Die Stadt Ludwigshafen hat vorgeschlagen, die alte Rheinbrücke, die gegenwärtig die einzige Verbindung zwischen den beiden Städten darstellt, vollständig instandzusetzen. Als zweiten Plan schlug sie den Neubau einer Brücke bei Altrip vor.

Chefredakteur und Romanschreiber

Mannheim (lid). Acht Monate kann ein 21 Jahre alter Mannheimer Fotolaborant seinen „verwehten Klängen" nachtrauern. Chefredakteur einer Jugendzeitschrift nannte er sich zuerst und brachte es fertig, daß ein Ehepaar ihm „gegen Beteiligung am Verlagsgewinn" 5000 Mark lieh. Dann wurde er Romanschreiber und schließlich verpflichtete er zahlreiche Damen und Herren als Fotomodelle für die Nummer 1 seiner Bilderromanserie „Verwehte Klänge".

Nur der warmen Zelle wegen

Lampertheim (lwb). Ein 23 Jahre alter Arbeitsloser wurde von dem Lampertheimer Strafrichter wegen Irreführung der Behörden zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Abeitslose hatte bei der Stuttgarter Polizei angegeben, die Dreschhalle eines Lampertheimer Fuhrunternehmers, die vor kurzem abgebrannt war, angezündet zu haben. Kurz vor der Hauptverhandlung widerrief er sein Geständnis und gab an, er habe nur über den Winter in eine warme Gefängniszelle kommen wollen. Nur deshalb habe er sich eines Verbrechens bezichtigt.

50 000 DM für die Unterstützungskasse

Zell/Wiesental (ldz). Die Spinnerei Atzenbach-AG., einer der größten Baum- und Zellwoll-Verarbeitungsbetriebe Südbadens, hat bei ihrer Hauptversammlung beschlossen, der Unterstützungskasse des Unternehmens einen Betrag von 50 000 DM zuzuweisen. Trotz bestehender Rohstoffschwierigkeiten hält die Spinnerei Atzenbach in ihren drei Werken die volle Beschäftigung aufrecht. Für das Geschäftsjahr 1950 wird eine Dividende von 6 Prozent ausgeschüttet.

Sprengschächte im Kreis Wolfach

Wolfach (lid). An der Bundesstraße zwischen Schiltach und Wolfach, unter dem Kapuzinerfelsen bei Bad Rippoldsau und an den steilen Wegstrecken zwischen Hornberg und Fohrenbühl sowie von Gutach nach Prechtal werden seit Anfang dieser Woche durch eine Baufirma Sprengschächte ausgehoben. Dadurch hat sich der Bevölkerung im Kreis Wolfach eine große Unruhe bemächtigt, zumal die zuständigen Behörden von den Arbeiten nicht unterrichtet wurden.

Steuerzahler kritisieren Finanzminister

Freiburg (lwb/ldz). Der südbadische Finanzminister Dr. Eckert hatte im Landtag erklärt, der Haushaltentwurf Südbadens für 1951 sei nach 5 Jahren der Defizit-Wirtschaft — in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Zu dieser Erklärung teilte der Bund der Steuerzahler mit, er habe den Haushaltentwurf des „zaubernden Finanzministers" geprüft. Dabei habe sich ergeben, daß der Ausgleich eine Fiktion sei, da die Steuereinnahmen zu hoch und der vom Land abzuliefernde Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zu niedrig veranschlagt worden seien. Nach seinen eigenen Worten sei der südbadische Finanzminister mit seiner Schätzung des Steueraufkommens bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen. Der Bund der Steuerzahler vertrete die Meinung, daß der Finanzminister diese Grenze weit überschritten habe.

Schopfheim. Unter starker Anteilnahme der Bevölkerung weihte die Stadt Schopfheim am Totensonntag ein Ehrenmal für die Gefallenen beider Weltkriege ein. (dpa)

Konstanz als Tagungsort

Konstanz (lid). Das Verkehrsamt der Stadt Konstanz legt eine vorläufige Terminliste über Veranstaltungen in Konstanz im kommenden Jahr vor, aus der unter anderem hervorgeht, daß in der Zeit vom 5. bis 13. Januar eine deutsch-französische Jugendmusikwoche, verbunden mit einer internationalen Jugendmusikausstellung, stattfindet. Außerdem sind bereits festgelegt am 1. Mai die Tagung der Deutschen Kurzwarengroßhandelsgesellschaft, vom 1. bis 3. Mai das Bodenseetreffen der Industrie- und Handelskammern, vom 4. bis 11. Mai die Mai-Messe, die Jahreshauptversammlung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, im Juni die Hauptversammlung des Vereins der deutschen Revisionsingenieure, im September die Tagung des Vereins für Sozialpolitik.

Das schönste Weihnachtsgeschenk
für die ganze Familie liefert Ihnen ihr Fachgeschäft
RADIO-Anselment
ETTLINGEN - Leopoldstraße 9, Telef. 221
Radiogeräte v. 55.- bis 890.- DM auf Teilzahlung erhältlich.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg